

Medieninformation

Sächsische Staatskanzlei

Ihr Ansprechpartner
Ralph Schreiber

Durchwahl
Telefon +49 351 564 10300
Telefax +49 351 564 10309

presse@sk.sachsen.de*

01.02.2023

Sachsen will Zusammenarbeit mit Uganda vertiefen

Dresden (1. Februar 2023) - Der Freistaat Sachsen will eine engere Zusammenarbeit mit Uganda aufbauen. Die Sächsische Staatsregierung hat in ihrer jüngsten Kabinettsitzung einen entsprechenden Beschluss gefasst.

»Mit dem Beschluss ebnen wir den Weg, unsere guten Beziehungen mit Uganda nachhaltig zu festigen. Fundament für diesen Länderschwerpunkt bilden die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten von sächsischen Organisationen vor Ort. Wir wollen, dass künftig auch Schulen und Kommunen aus unseren beiden Ländern Partnerschaften eingehen. Ebenso wollen wir Kooperationen auf wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene befördern. Hier gibt es bereits gute Verbindungen, etwa zwischen dem Universitätsklinikum Leipzig und dem Kiruddu Krankenhaus Kampala sowie zwischen ugandischen und sächsischen Unternehmen im Agrar- oder IT-Sektor«, betonte Staatskanzleichef Oliver Schenk am Mittwoch.

Die Zusammenarbeit zwischen Sachsen und Uganda soll auf unterschiedlichen Ebenen gestärkt werden. Dazu gehören unter anderem Kooperationen bei zivilgesellschaftlichen Aktivitäten sowie im Bereich der Wissenschaft - insbesondere mit dem Schwerpunkt Gesundheit - und der beruflichen Bildung. Ebenso will der Freistaat den Aufbau von Schul- und förmlichen Kommunalpartnerschaften künftig unterstützen. Verstärkt werden soll auch die Zusammenarbeit von ugandischen und sächsischen Unternehmen.

Mit dem Kabinettsbeschluss stellt die Sächsische Staatskanzlei aus ihrem Budget für entwicklungspolitische Maßnahmen in diesem und dem nächsten Jahr jeweils 200.000 Euro für die Zusammenarbeit mit Uganda bereit. Darüber hinaus können Projekte in Uganda über den Sächsischen Kleinprojektfonds finanziell unterstützt werden, den die Stiftung-Nord-Süd Brücken verwaltet.

Die Koordination der Zusammenarbeit mit Uganda übernimmt das Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen (ENS). Staatsminister Schenk hat

Hausanschrift:
Sächsische Staatskanzlei
Archivstr. 1
01097 Dresden

www.sk.sachsen.de

Verkehrsverbindung:
Zu erreichen mit den
Straßenbahnlinien 3, 6, 7, 8, 9, 13

Für Besucher mit Behinderungen
befinden sich gekennzeichnete
Parkplätze am Königsufer.
Für alle Besucherparkplätze
gilt: Bitte beim Pfortendienst
melden.

* Kein Zugang für verschlüsselte
elektronische Dokumente. Zugang
für qualifiziert elektronisch signierte
Dokumente nur unter den auf
www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html
vermerkten Voraussetzungen.

dem Verein Anfang der Woche einen entsprechenden Fördermittelbescheid überreicht. Das ENS dient als Ansprechpartner für Interessierte an Kooperationen im Bereich der Bildung, Zivilgesellschaft oder auf der kommunalen Ebene. Für die Zusammenarbeit wird das Netzwerk eine lokale Partnerorganisation in Uganda gewinnen.

Hintergrund:

Die Regierungsparteien hatten im Koalitionsvertrag vereinbart, eine Entwicklungspartnerschaft mit einer konkreten Region aufzubauen. Eine Studie der in Dresden ansässigen Universität der Vereinten Nationen UNU-FLORES aus dem Jahr 2020 hat ergeben, dass die Verbindungen auf Ebene der Zivilgesellschaft nach Uganda besonders intensiv sind. Aktuell sind zehn Nichtregierungsorganisationen mit ugandischen Partnern vor Ort tätig und es bestehen Kooperationen zwischen Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen aus Uganda und Sachsen. Eine Delegationsreise unter Leitung von Staatsminister Schenk bestätigte die positive Einschätzung der UNU-FLORES Studie. Der ugandische Präsident Yoweri Museveni lud nach einem persönlichen Treffen mit dem Minister und einer sächsischen Delegation in einem Schreiben zu einer engeren Zusammenarbeit ein.

Der Freistaat hat in der Vergangenheit Uganda bereits bei der medizinischen Versorgung unterstützt. Im Juli 2021 schickte Sachsen Schnelltests sowie OP- und FFP-Masken im Wert von rund 24.300 Euro an das Kiruddu Referral National Hospital. Erst vor wenigen Tagen spendeten der Bund und der Freistaat zehn Beatmungsgeräte für das selbe Krankenhaus.

Der Freistaat unterstützt seit 2017 entwicklungspolitische Projekte und Initiativen. In diesem und dem nächsten Jahr stehen dafür insgesamt jeweils 929.000 Euro bereit.